

Krieg in Sicht?

Hubert Thielicke

Säbelrasseln und Bombendrohungen am Persischen Golf. Israelische Politiker sprechen sich für Angriffe auf iranische Nuklearanlagen aus, bevor es zu „spät“ sei. US-Verteidigungsminister Leon Panetta hält einen Angriff Israels auf den Iran im Frühling für wahrscheinlich, während sein Präsident abwiegelt: Israel habe noch keine Entscheidung getroffen, man müsse den Sanktionen mehr Zeit geben. Mittlerweile werden aber die Instrumente scharf gemacht. Die 5. Flotte überwacht den Golf; in der Region sind etwa 40.000 US-Soldaten stationiert. Der Iran setzt auf Seemanöver, „um die Marine darauf vorzubereiten, dem Feind in einer Kriegssituation entgegenzutreten“. Führende Politiker wiederholen ihre antiisraelische Rhetorik.

In Deutschland melden sich selbst ernannte Strategen. Unter dem Schlagwort „Ein Lazarettschiff reicht nicht“ forderte der Chefredakteur des Berliner Tagesspiegel, Stephan-Andreas Casdorff, dass sich Deutschland auf ein militärisches Eingreifen vorbereite, „wenn sich Israel entschließen sollte, wie damals beim Irak, wie damals bei Syrien, die Atomanlage im Iran auszuschalten“. Zeit-Herausgeber Josef Joffe hält es für im Interesse Israels und der USA, „die Psychokriegsführung zu eskalieren“. Eigentlich laufe der Krieg ja schon – mit Mordanschlägen auf iranische Atomwissenschaftler, Cyberattacken und Sabotageaktionen gegen iranische Militärobjekte. Zu Recht warnt jedoch Verteidigungsminister Thomas de Maizière Israel vor militärischen Abenteuern. Auch der ehemalige israelische Botschafter in Deutschland, Avi Primor, meint, ein vorbeugender Angriff auf den Iran würde die Sicherheitslage Israels nicht verbessern.

Die Folgen eines Militärschlages sind kaum auszudenken: Ein regionaler Krieg könnte ausgelöst werden, der Terrorismus einen neuen Aufschwung erleben, die Weltwirtschaft würde geschädigt und die arabische Welt in einer schwierigen Umbruchperiode radikalisiert. Wohin ein wegen angeblicher Massenvernichtungswaffen, im Grunde jedoch wegen Regimewechsels, vom Zaun gebrochener Krieg führt, zeigt das Beispiel des Irak. Jeder Militärexperte kann sich ausrechnen, um wie viel größer die Dimension eines Krieges gegen den Iran wäre.

Worum geht es? Seit Jahren kritisieren die USA, unterstützt von Verbündeten, das iranische Nuklearprogramm. Auf ihre Initiative verabschiedete der UN-Sicherheitsrat Sanktionen. Mit den jüngsten Beschlüssen hinsichtlich iranischer Ölexporte drehen USA und EU weiter an der Sanktionsschraube. So mancher Experte argwöhnt, dass es den USA wieder um einen Regimewechsel geht. Hinter den Kulissen scheint man sich auch viel mehr Sorgen um die Sicherheit des pakistanischen Nukleararsenals zu machen. Iran wiederum pocht auf seine im Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) verbrieften Rechte auf die friedliche Nutzung der Kernenergie. Das schließe auch die Anreicherung von Uran auf 20 Prozent ein, immerhin wäre das anderen NVV-Nichtkernwaffenstaaten auch zugestanden worden. Problematisch war allerdings bisher die Bereitschaft des Iran, sich den Kontrollen der Internationalen Atomenergieorganisation voll zu öffnen. Verschärft wird die Situation auch noch durch die in den USA und dem Iran demnächst anstehenden Wahlen, weshalb sich beide Präsidenten besonders unnachgiebig gebärden.

Wie könnte ein Ausweg aussehen? Beide Seiten werden Zugeständnisse machen müssen. Ohne mehr Bereitschaft zu Transparenz und Kontrolle seitens des Iran wird es nicht gehen, während der Westen dem Land im Hinblick auf die Anreicherung entgegenkommen sollte. Erforderlich sind echte Verhandlungen ohne Vorbedingungen. Vielleicht könnten hier die guten Dienste der jüngst von Außenminister Guido Westerwelle entdeckten neuen „Gestaltungsmächte“ von Nutzen sein? Der kasachische Präsident Nursultan Nazarbaev verwies beim Berlinbesuch im Februar darauf, dass er seinem iranischen Kollegen den Verzicht Kasachstans auf Atomwaffen erläutert habe. Warum also nicht das Land als Vermittler einbeziehen? Immerhin hat Kasachstan vor 20 Jahren das weltweit viertgrößte Raketenkernwaffenarsenal abgerüstet und später mit seinen vier zentralasiatischen Nachbarn die erste kernwaffenfreie Zone auf der Nordhalbkugel begründet. Von solchen Erfahrungen könnten beide Seiten eigentlich nur profitieren. Letztlich kann eine umfassende Lösung wohl nur in einer von Kern- und anderen Massenvernichtungswaffen freien Zone im Nahen Osten bestehen. Eine erste Konferenz dazu ist in diesem Jahr in Finnland geplant. Deutschland sollte eine aktive Rolle übernehmen!🌐



Dr. Hubert Thielicke, geb. 1949, PR-Berater und Politologe, Lehrbeauftragter an der Universität Halle-Wittenberg, viele Jahre auf der Genfer Abrüstungskonferenz tätig. thielicke@pr-medienberatung.de